

Vorteil für die Großen

Das Gerüst der neuen Exzellenzinitiative steht

Vergangene Woche stieg weißer Rauch aus dem Schornstein der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, wo siebzehn Staatssekretäre von Bund und Ländern um die Konturen der neuen Exzellenzinitiative rangen. Das Gerüst der nächsten Förderphase steht: 385 Millionen Euro im Jahr werden auf Zeit (zweimal sieben Jahre) in bis zu fünfzig Exzellenzcluster fließen. 148 Millionen sollen für acht bis elf dauerhaft geförderte Exzellenzuniversitäten und -verbände zur Verfügung stehen; bewerben darf sich dafür nur, wer zwei neu bewilligte Cluster vorweisen kann oder drei im Verbund. Auch die gemeinsame Bewerbung ist in Zukunft möglich. Neu ist das gestaffelte Verfahren. Zunächst werden die Cluster ausgeschrieben, im zweiten Schritt die Exzellenzuniversitäten. Zusätzlich zu jedem Cluster erhalten Rektoren und Präsidenten eine Pauschale, um die Cluster stärker an die Universitäten zu binden. So hatte es die Imboden-Kommission empfohlen. Siebzehn bis hundert Millionen Euro sind für die Pauschale im Gespräch.

Abschlägig beschied man den Imboden-Vorschlag, den zehn forschungstärksten Universitäten aufgrund ihrer Vorleistung eine Exzellenzprämie zu geben. Es bleibt beim Antragsverfahren. Ein Gremium aus Wissenschaft und Politik entscheidet über die Bewerbungen. Vierzig Juroren benennen Deutsche Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat, siebzehn Politiker vertreten Bund und Länder. Der Clusterbeschluss erfolgt mit einfacher Mehrheit, die Wissenschaft kann die Politik überstimmen. Bei den Exzellenzuniversitäten muss auch die Politik mehrheitlich zustimmen.

Übernommen hat man den Imboden-Vorschlag einer zweijährigen Brückenfinanzierung für laufende Cluster und Zukunftskonzepte bis Ende 2019, um den Zeitdruck aus dem Verfahren zu nehmen. Von der breit diskutierten Ausweitung der Förderung auf Lehre, Wissenstransfer und Regionalförderung ist nichts mehr zu hören. Die Exzellenzinitiative bleibt auf Spitzenforschung konzentriert. Ein endgültiges Konzept legen Bund und Länder am 22. April vor.

Wie steht es um die Gerechtigkeit des Modells? Kleine und mittlere Universitäten werden klar benachteiligt. Schaut man sich die aktuellen Zahlenverhältnisse an, so hätten die mittelgroßen Exzellenzuniversitäten Konstanz und Bremen mit derzeit je einem Cluster deutliche Startnachteile. Angesichts ihrer relativ geringen Professorenzahl hätten sie es schwer, ein zweites Cluster einzuwerben, wenn sie sich nicht als Notgemeinschaft quer durch die Republik zusammenschließen – oder in den „Nun-erst-recht“-Modus umschalten.

Im Vergleich mit der kleinsten aktuellen Exzellenzuniversität (Konstanz) hat die größte (LMU München) dreimal so große Chancen, zwei Cluster zu mobilisieren. Gegenwärtig hat sie fünf. Regionale Verbundchancen verzerren die Lage weiter. Die drei großen Berliner Universitäten haben ein Potential von 1618 antragsfähigen Professoren, achtmal soviel wie Konstanz. In München, einer weiteren Exzellenzhochburg, wird dieses Kooperationspotential genutzt: Alle fünf Münchener Cluster sind Universitätskooperationen.

Die kleineren Universitäten waren bislang exzellenzfähig, weil ein Cluster und eine Graduiertenschule für den Zugang zur Liga der Exzellenzuniversitäten ausreichten. Das Ende der Förderung der 45 Graduiertenschulen verändert ihre Lage deutlich. Technische

Hochschulen sind zudem begünstigt, weil sie ihr Fächerspektrum stark überrepräsentieren. Gerecht wären gestufte Anforderungen: ein Cluster für die kleinen Universitäten, mehrere Cluster für große Universitäten und Verbünde.

Problematisch ist auch die zeitliche Asymmetrie in der Förderung. Cluster werden zwar mit viel Geld, aber nur für maximal vierzehn Jahre unterstützt. Die langfristige Förderung fehlt gerade da, wo sie am sinnvollsten und am besten steuerbar ist. In den Genuss der Dauerförderung kommen acht bis elf Exzellenzuniversitäten. Die Fördersumme von bis zu 15 Millionen Euro beläuft sich hier aber nur auf durchschnittlich fünf Prozent des Universitätsetats, bei den ganz großen Universitäten gar nur auf ein bis zwei Prozent.

Der Bund mag darauf spekulieren, dass einige Exzellenzuniversitäten ihren Titel in der regelmäßigen Evaluation wieder verlieren. So käme es am Ende doch noch zu den von ihm favorisierten drei bis fünf Spitzenuniversitäten, die das Geld der ausgeschiedenen Exzellenzuniversitäten als „Trinkgeld“ ausgezahlt bekämen. Eine sinnvolle Förderstrategie wäre das nicht.

Das Risiko der Dauerförderung geht man nur ein, wo es mit Summen von geringer Hebelwirkung und wenig Transparenz verbunden ist, und nicht da, wo international sichtbare Spitzenleistungen erbracht werden: in den Clustern. Will man die Spitzenforschung nicht für das nächste Jahrzehnt auf das heutige Niveau einfrieren, müsste man zügig über einen weiteren Ausbau der Förderung nachdenken. Sinnvoll wäre es, einen erheblichen Teil der Cluster auf Dauer zu fördern, die Fördersumme der Exzellenzuniversitäten mit Zusatzmitteln zu erhöhen und die Herausbildung einer größeren „Bundesliga“ von Spitzenuniversitäten strategisch voranzutreiben. Sie kommt nicht von selbst.

Im Detail: Die Exzellenzmittel müssten jährlich um drei Prozent wachsen, damit die Universitäten nicht völlig den Anschluss an die außeruniversitäre Forschung verlieren, die im letzten Jahrzehnt kontinuierliche Mittelzuwächse um bald fünfzig Prozent verzeichnet. Die Hälfte der Cluster sollte man in nächsten Jahrzehnt in die Bundesförderung übernehmen. Gleichzeitig sollte Geld für neue Cluster bereitgestellt werden. Die Fördersumme der Exzellenzuniversitäten und -verbände wäre langfristig von 15 auf 50 Millionen aufzustocken. Selbst das wäre im Vergleich zur internationalen Spitze wenig!

Vor allem sollte man die bewährte Cluster-Strategie ausbauen. Verglichen mit den Vereinigten Staaten und England, haben wir eine breite Forschungsspitze von rund zwanzig Universitäten. Wenn wir nicht Spitze und Breite gleichzeitig fördern, schleifen wir unsere deutschen Standortvorteile und beschädigen auch die absolute Spitze, die das Bundesbildungsministerium mit seinen drei bis fünf Exzellenz-Regionen so hartnäckig wie berechtigt im Blick hat. Schauen wir uns die Biographien der Wissenschaftler an den avisierten Spitzenorten München, Berlin und Dresden an, so versammeln sich dort sehr viele aus dem weiteren Feld der zwanzig forschungstarken Universitäten, das wir dabei sind, trocken zu legen. Die gute Absicht würde so das Gegenteil des Gewollten bewirken. **STEPHAN LEIBFRIED**

Der Autor ist Sprecher der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Exzellenzinitiative der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsprofessor in Bremen.

Die Länder sind am Zug

Sie könnten die Akkreditierungspflicht abschaffen

Die mit Bologna eingeführte Akkreditierung von Studiengängen gilt an den Universitäten als teure und sinnlose Pflicht. Das entsprechende Prüfverfahren ist ein bürokratischer Exzess ohne aussagekräftige Ergebnisse. Das Urteil wird nach rein formalen Kriterien gefällt und kostet die Universitäten pro Jahr zehn bis zwanzig Millionen Euro, dazu kommt die verschwendete Zeit für Anträge und Gutachten. Zur Ablehnung kommt es nämlich so gut wie nie. So trägt das Verfahren auch nichts dazu bei, den Wildwuchs von mehr als siebzehntausend Studiengängen zu begrenzen. Respektabel ist sein Beitrag zur Erhöhung der Reisekosten. Das alles ist seit Jahren folgenlos bekannt.

Bis vergangene Woche gab es zudem Zweifel, ob die Bewertung durch die vom staatlichen Akkreditierungsrat eingesetzten privaten Agenturen verfassungswidrig ist. Dem Bundesverfassungsgericht liegt seit fünf Jahren eine Normenkontrollklage vor. Auf seinem Urteil ruhten Hoffnungen, das Verfahren würde ganz gekippt (F.A.Z. vom 2. März). Diesen Wunsch erfüllten die Karlsruher Richter nicht. Ihr Urteil vom vergangenen Freitag verbietet die private Akkreditierung im Grundsatz nicht, solange der Gesetzgeber die wesentlichen Vorgaben selbst aufstellt. Es sagt aber auch klar, dass das nordrhein-westfälische Hochschulgesetz diesen Anspruch nicht erfüllt. Eine private nordrhein-westfälische Hochschule hatte geklagt, nachdem ihr eine Agentur die Anerkennung zweier Studiengänge versagt hatte. Das Verwaltungsgericht Arnberg hatte Karlsruhe den Fall 2010 zur Prü-

fung vorgelegt. Aus Sicht der Arnberger Richter ließ das nordrhein-westfälische Landeshochschulgesetz den privaten Agenturen zu viel Spielraum bei der Auslegung des Verfahrens. Das Gesetz beschränkt sich auf den Passus, das Verfahren sei „nach den geltenden Regelungen“ vorzunehmen. Worin diese bestehen, darüber sagt es nichts.

Die Karlsruher Richter bewerten das als eindeutig verfassungswidrig. Der Gesetzgeber müsse klare Bewertungskriterien vorgeben und dafür sorgen, dass die Wissenschaft ausreichend Einfluss habe. Nach aktueller Gesetzeslage gebe man das gesamte Verfahren faktisch in private Hand. Das Gericht stellt auch klar, dass mit der Akkreditierung ein wesentlicher Eingriff in die Lehrinhalte verbunden ist. Ein Grund zum Verdikt ist das für die Richter nicht. Nordrhein-Westfalen hat bis Ende 2017 Zeit, sein Hochschulgesetz nachzubessern.

Das gilt aber auch für die meisten übrigen Bundesländer, denn wie der Deutsche Hochschulverband zu Recht moniert, steht das Verfahren in fast allen Ländern auf juristisch schwachen Füßen. Die Regelungen fallen sehr unterschiedlich aus. Manche Bundesländer wie Berlin verzichten völlig darauf. Andere wie Bayern oder Sachsen-Anhalt haben detaillierte Vorschriften. Sachsen stellt seinen Universitäten die Akkreditierung seit vier Jahren frei. Für die Abschaffung der Akkreditierung bietet das Karlsruher Urteil also keine direkte juristische Schützenhilfe. Für die Länder jedoch ist die Neuregelung eine Chance, den Wahnsinn selbst zu beenden. **THOMAS THIEL**



Gemeinschaft der Lesenden: „Die Studenten“ von Eduard von Gebhardt

Foto Getty

Den einsamen Leser gibt es nicht

Wenn die Universität keine Seminare mehr braucht, wird das Lesen zur privaten Tätigkeit. Dabei ist es eigentlich der Beginn eines Gesprächs.

Wie alle akademischen Disziplinen ruht die Philologie, die den Umgang mit Sprache und Texten kultiviert, auf einem nichtwissenschaftlichen Fundament. Ihr abgründiger Anfang liegt in der eigenen Sprachlosigkeit, während doch die Sprache immer schon da ist. Der Sanskritphilologe Friedrich Schlegel ließ die Universalpoesie mit einem kunstlosen Seufzer beginnen, und tatsächlich tut auch die Philologen gut daran, den Nullpunkt nicht zu vergessen. Aller Umgang mit Sprache setzt ein mit der Erfahrung, die Sprache nicht in der Gewalt zu haben. Jede neue Sprache, die man lernt, erinnert daran und fast jeder ältere Text, ebenso ein Autor wie Shakespeare mit seinen 35 000 Wörtern oder die Wundertiere der Althilologen, die nur einmal belegten Worte.

Wir alle arbeiten daran, das rechte Wort zu finden, die Jüngsten in ihren Redebüchern ebenso wie die Ältesten in ihren dementen Umschreibungen. Und es sind nicht nur die Unmündigen, ebenso kreativ mühen sich ihre Vormünder, die Autoren, um das Wort. Sei es, um „sich auszudrücken“, sei es, um sich oder etwas zu beschönigen, zu verbergen, zu verdrehen.

Dabei hilft nichts anderes, als die Sprache zu kennen, sie zu sprechen, zu hören, zu schreiben, zu lesen, also Sprachkenntnis zu erwerben und zu erweitern. Diese Kompetenz erwirbt man nur durch Übung. Grammatik und Hermeneutik brauchen alle, wenn alle über ihre Angelegenheiten öffentlich mitreden können sollen. Das ist zurzeit nicht generell möglich. Nach der Leo-Studie von Anke Grotluschen (2011) waren vierzehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung funktionale Analphabeten; etwa jeder fünfte Fünfzehnjährige, fast zwanzig Prozent unserer künftigen Mitbürger, konnte nicht richtig lesen und schreiben. Das heutige Bildungswesen – das muss man sich zu Herzen gehen lassen – ist wieder auf seinen Anfang zurückgeworfen, als es Ende des 18. Jahrhunderts verstaatlicht wurde, um Untertanen zu Staatsbürgern zu machen. Die Überzeugung von damals, dass Alphabetisierung wesentlich zur Integration in eine Gesellschaft diene, ist immer noch vernünftig. Grammatik und Hermeneutik brauchen wir zur Teilhabe an der kommunikativen Vernunft: zur diskursiven Auseinandersetzung über private und öffentliche Angelegenheiten.

Selbstansprache in fremdem Namen

Die sozialpolitische Dimension ist der Philologie nicht angedichtet, sie entspringt der Natur der Sache. Lesen und Schreiben sind entschieden kommunikative Kulturtechniken. Das wird man für das Schrei-

ben kaum bezweifeln. Schreibend arbeiten wir an einem eigenen Mitteilungsjahr, für jemanden oder für X. Auch das vermeintlich stille Lesen ist auf Mitteilung ausgerichtet. Doch die ausufernde Leseforschung hat das Phantasma eher gestützt, ein einsames Subjekt entziffere objektive Zeichenstrukturen.

Stattdessen wird man von der persönlichen sprachlichen Stellvertretung ausgehen müssen, wie sie Klaus Weimar beobachtet hat. Sie ist der Schlüssel für das, was man als „individuelle Erkenntnis“ in den Geisteswissenschaften gepriesen oder beklagt hat. Beim leisen Lesen von Schrift, ähnlich wie auch beim Denken, stellt sich so etwas wie ein inneres Sprechen ein. Und dieses Sprechen muss auch irgendwie wahrgenommen sein, sonst wüssten wir nichts davon. Lesend versprachlichen wir Schrift und vernehmen zugleich, was wir getan haben. So sind wir Sender und Empfänger in Person, indem wir den Text eines anderen, vertretungsweise, in ein Eigenprodukt verwandeln. Und dies erst recht, wenn wir verstehen (wollen), wovon der Text handelt, indem wir uns, persönlich und vertretungsweise, die Textwelt bauen. Wir haben den Autor immer schon vertreten, bevor wir auch nur nachdenken.

Wenn wir überprüfen wollen, ob das auch vertretbar war, müssen wir uns mit anderen zusammensetzen, die in ihrer eigenen Sprache dasselbe getan haben. „Interpretieren sollte man nicht allein“ (Klaus Weimar). Alle Diskussionen, alle Beobachtungen dazu, „was da eigentlich steht“, bewegen sich in Hypothesen von der Textwelt zur Textoberfläche und wieder zurück, eher nicht zirkulär, sondern anhäufend. Jeder, der an freien Gesprächen über Bücher teilgenommen hat, etwa in Lesekreisen, wird bestätigen, dass man am Ende des Abends klüger ist als am Anfang – auch wenn noch alle Fragen offen sind. Kein Wunder, dass auch philologische Arbeit ohne Gespräch nicht durchgeführt werden kann.

Seminararbeit als Gespräch

Die Aufklärung hat das Unterrichtsgespräch entdeckt, zahllose Schulmänner suchten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach dem Muster Sokratischer Gespräche zu unterrichten. 1773 entwarf Johann Georg Sulzer, der Schweizer Bildungsexperte im friderizianischen Preußen, die Grundordnung einer Halbuniversität im kurländischen Mitau. Darin werden die Professoren aufgefordert, ihren Vorlesungsstil aufzugeben, um die Zuhö-

rer zu befragen, zum Nachdenken zu bringen und sie überhaupt „zu der so sehr nötigen Selbstarbeit“ zu ermuntern. Deren Früchte sollen sie unbedingt kommentieren und verbessern, weshalb das übliche Stundendeputat herabgesetzt wurde, „damit sie mehr Zeit auf die Prüfungen der Arbeiten ihrer Zuhörer, als den wichtigsten Theil ihres Amtes wenden können“.

Damit wurde der Seminarstil in die Universität getragen. Zunächst von den Rändern her, aus den philologischen Seminaren in Göttingen und Halle; hinzu kam das Prinzip der wechselseitigen Kritik durch seinesgleichen, wie es die gelehrten Gesellschaften, sogar viele Studentenverbindungen praktizierten. Übrigens hat Wilhelm von Humboldt das nicht verstanden, er hielt für einen „natürlichen“ Ausdruck des geistigen Lebens, was allererst instituiert werden musste und von Staats wegen hätte geschützt werden sollen. Erstens als Seminarraum, wo mitten unter den Büchern die Arbeit an Texten und der zugehörige Diskurs gelernt werden sollte. Zweitens als eine Unterrichtsform, die freilich heute nur noch als Schwundstufe existiert.

Nordrhein-Westfalens Politiker haben Seminare ohne leibhaftig anwesende Studenten konzipiert, denn die Studenten seien ohnehin „digital natives“ (Wissenschaftsministerin Svenja Schulze). Ob Inter- und Intranet das Massenproblem lösen können, steht dahin, selbst ein „inverted classroom“ (Jürgen Handke) braucht Mentoren, und zwar viele.

Die Seminare sind für die Schulwissenschaften gewesen, was Labore immer noch für die Naturwissenschaften sind: Arbeitsorte im Wortsinne, an denen man ausprobiert, den Kenntnisstand zu verändern. Also Sprachkenntnis zu erweitern, indem man sich übt, und Sachkenntnis zu erweitern, indem man recherchiert. Allerdings wurden die Schulwissenschaften – ausgenommen das bürgerliche 19. Jahrhundert – schon immer geringgeschätzt. An der Philosophischen Fakultät konnte man vor der Französischen Revolution zwar studieren, aber weder immatrikuliert noch promoviert werden.

Inzwischen sind die Schulwissenschaften bestrebt, keine Schulwissenschaften mehr zu sein. Obwohl sie immer noch vorzugsweise Lehrer ausbilden, haben sie sich einer Hyperspezialisierung und ihren Idiomen ergeben, die Lehrerausbildung der Fachdidaktik anheimgestellt. Dadurch geht das Kerngeschäft der Philologie verloren, mit der Folge, dass die Studenten in ihrem Schreiben und Lesen verwahrlosten.

Udo Geunther fordert, dies einheitlich durch die Bezeichnung „of Engineering“ zu ersetzen, um die hohe internationale Reputation, die der Diplomingenieur geschaffen hatte, nicht zu verspielen. Die Studie sollte ermitteln, wie gut sich die Ingenieurstudiengänge 15 Jahre nach der Bologna-Reform auf das neue System eingestellt haben. Wirtschaft und Industrie vermissen bei 43 Prozent der Bachelor- und bei 37 Prozent der Masterstudiengänge eine ausreichende Vorbereitung auf die Praxis. Gut bewertet werden bei Dozenten und Arbeitgebern die dualen Studiengänge. Hier liegt die Zustimmung bei rund siebenzig Prozent. **F.A.Z.**

Für das Schreiben wissenschaftlicher Arbeiten haben sich Dienstleistungen innerhalb und außerhalb der Universität entwickelt, welche dazu tendieren, erwünschtes Reden in Formate zu bringen. Besser wäre es, Lektoren für Deutsch anzustellen, die regelmäßig mit dem akademischen Nachwuchs üben.

Für das Lesen werden heute didaktische Handreichungen und Unterrichtsmodelle bereitgestellt. Wenn man Verstehen und Hypothesenbildung exportieren könnte, wäre das effektiv. So wird nur erwünschtes Reden in Formate gebracht. Im Internet, wo jeder Lehrer ein Portal eröffnen kann, stehen viele interpretatorische Aufbereitungsanlagen zur Verfügung, www.deutschstunde.de, www.rhetorik-sturm.de, www.literatur-wissen.de. Doch Verstehen will geübt sein, indem man sich dem Nichtverstehen aussetzt, immer von neuem, besser nicht allein.

Langsames Lesen

Die Studenten der philologischen Fächer erhalten – wie die meisten Akademiker – eine wissenschaftliche Ausbildung, um einen praktischen, nichtwissenschaftlichen Beruf auszuüben. „Also der Philolog selbst ist nicht das Ziel der Philologie“ (Friedrich Nietzsche). Künftige Lehrer erlernen ein wissenschaftliches Sprachspiel, das sie aber in der Schule weder spielen noch vermitteln sollen. Was haben sie trotzdem vom Lernen?

Noch einmal Nietzsche. Er sagt, erfahrene Philologen seien Lehrer des langsamen Lesens. Carlos Spoerhase hat daran erinnert (F.A.Z. vom 28. Oktober 2015), wie sprunghaft akademisches Arbeiten vor sich geht, wie angewiesen auf Hilfsmittel und wie sehr auf das nächste Mitteilungsjahr bezogen. Wenn man in diesem Sinne liest, will man sich in ein wissenschaftliches Gespräch einmischen oder es gar eröffnen. Das nämlich ist das Training: die unwillkürliche Reaktion auf das Gelesene, das Ausschwärmen der Assoziationen einzuordnen in ein vernunftmäßiges Gespräch. So etwas muss man geübt haben (das war die Idee philologischer Lehrerausbildung), bevor man sich daranmacht, andere im Lesen und Schreiben zu üben.

Praktisch entsteht Verlangsamung nicht nur durch Unterbrechung, sondern ebenso durch die Wiederholung der Lektüre. Und wiederholtes Lesen trifft zugleich die Unterscheidung, was wert ist, mehr als einmal gelesen zu werden. Die Unterscheidung wird geübt an Texten, die kulturell interessant sind, d. h. vor allem der schönen Literatur zugehören. So tritt zur Grammatik und Hermeneutik das Unterscheidenkönnen, die Kritik. Literaturkritik und Literaturgeschichte wirken beide an dem Gewebe, in welchem literarische Texte zu Referenzwerken für andere literarische Texte werden, bis wir „freilich scheinen die ganze Literatur in Anspruch zu nehmen für ein einzelnes Werk“ (Friedrich Schlegel). Die Philologen verschaffen dem Geschriebenen Kontexte. Sie arbeiten gegen den Brauch, Texte, Aussagen, Informationen aus dem Zusammenhang zu reißen. Sie sichern Gesagtes und Geschriebenes gegen Korruption.

Wird man die Arbeit im Feld der Grammatik, Hermeneutik, Kritik in Zukunft ebenso ausüben wie jetzt? Das ist kaum zu glauben. Vielleicht wird man aber bedauern, sie zu wenig geübt zu haben. **HEINRICH BOSSE/URSULA RENNER**